



Mehr linke Politik wird helfen, den Krieg zu gewinnen

Ignacy Józwiak (IP, Polen) im Gespräch mit
Vitali Dudin (Sotsialnyi Rukh, Ukraine)*

In: *express* 5/2023

Die polnische Basisgewerkschaft Inicjatywa Pracownicza (IP, dt.: Arbeiter-Initiative) hat regen Kontakt in die Ukraine und führte im März ein Treffen mit ukrainischen Gewerkschafter:innen durch. Das Treffen in Poznań am ersten Jahrestag der russischen Invasion bildete den Abschluss einer Reihe von internationalen Gesprächen mit ukrainischen Gewerkschafter:innen, zu denen das hier dokumentierte gehört. Das Treffen wurde von der IP in Zusammenarbeit mit dem International Labour Network of Solidarity and Struggle (ILNSS) organisiert.

Ignacy Józwiak: Was ist die Sotsialnyi Rukh (Soziale Bewegung) und warum wurde sie gegründet?

Vitali Dudin: Wir sind eine soziale Organisation, die sich dem Schutz der Arbeitnehmerrechte verschrieben hat und für eine gerechtere Gesellschaft kämpft, die sich um die Bedürfnisse der Menschen kümmert und nicht um die Profite von Konzernen oder Oligarchen. Wir haben die Sotsialnyi Rukh 2015 gemeinsam mit Aktivist:innen aus Gewerkschaften und Expert:innen aus verschiedenen Disziplinen – Recht, Gender Studies, Wirtschaft – gegründet, die zuvor in verschiedenen linken Organisationen aktiv waren.

IJ: Was geschah im Jahr 2015?

VD: Die ukrainische linke Bewegung löste sich auf. Die Parteien der alten Linken wurden als Agenten des russischen Einflusses diskreditiert, sie verloren Mitglieder, später wurden ihre Aktivitäten per Gesetz eingeschränkt. Und die Regierung nutzte dieses Argument, um die Aktivitäten anderer linker Bewegungen einzuschränken, auch solcher, die nichts mit jenen zu tun hatten. Sie begann, sozialistische Ideen per Definition als anti-ukrainisch darzustellen.

IJ: Und wie weit reicht die Geschichte der Linken in der Ukraine zurück?

VD: Wir haben eine sehr lange Geschichte der sozialistischen Bewegungen. Vor hundert Jahren waren fast alle wichtigen Persönlichkeiten, die die Ukrainische Volksrepublik mitbegründet haben, Sozialisten verschiedener Fraktionen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurden verschiedene linke Parteien gegründet, darunter die Sozialistische Partei, eine der größten, die für soziale Gerechtigkeit kämpfte und Proteste gegen die korrupte Herrschaft von Kutschma (Präsident der Ukraine von 1994 bis 2005, *Anm. d. Red.*) organisierte. Aber nach dem Maidan (2014, *Anm. d. Red.*) scheiterte sie, brach zusammen, hatte keine Unterstützung und wurde von allen möglichen politischen Gangstergruppen übernommen. 2017 übernahm Ilja Kiva – der früher ein nationalistischer Aktivist war, jetzt aber in Moskau lebt und einen Atomangriff auf Kiew erwartet – die Partei.

IJ: Die Sotsialnyi Rukh wurde also nach dem Maidan gegründet, und ihr habt bei Null angefangen?

VD: Wir haben Erfahrung in der Arbeit mit Gewerkschaften und Studierendenverbänden, aber unsere Aktivitäten sind begrenzt. Unsere Basis ist in Krzywy Rog, wo wir mit Gewerkschafter:innen im Industriesektor arbeiten, und wir haben auch einige Aktivist:innen in Kiew und Dnipro. Wir haben uns an Protesten gegen Änderungen des Arbeitsrechts oder die Anhebung des Rentenalters beteiligt. Unser Ziel ist es, uns in eine Partei umzuwandeln, um mehr Einfluss auf die Politik nehmen zu können, die vollständig von Neoliberalen und Nationalist:innen übernommen worden ist. Das derzeitige System arbeitet nicht im Interesse der Arbeiterklasse und wird es auch nicht tun.

IJ: Wie war die wirtschaftliche Lage und die Position der Arbeitnehmer:innen in der Ukraine vor dem Krieg?

VD: Die Wirtschaft der Ukraine arbeitet für die Profite der Oligarchen. Wir sind auf die Rolle einer Peripherie reduziert worden, unser Bildungs- oder Wissenschaftspotenzial ist geringer als zu Sowjetzeiten. Wir haben der Welt heute nichts zu bieten außer billigen Arbeitskräften, natürlichen Ressourcen und einigen Überresten des Industriesektors. Und das liegt daran, dass es in den 1990er Jahren zu einer weitreichenden Deindustrialisierung kam, der wirtschaftliche Zusammenbruch eine hohe Arbeitslosigkeit und eine Massenabwanderung aus der Westukraine nach Polen, Deutschland und in andere EU-Länder zur Folge hatte. Und als 2017 weitere Grenzübergangsbeschränkungen aufgehoben wurden, kamen Arbeitskräfte aus den zentralen und östlichen Teilen des Landes hinzu.

IJ: Ein Jahr ist vergangen, seit die russische Invasion in vollem Umfang begann. Wie hat sich der Krieg auf die ukrainische Wirtschaft, die sozialen und Klassenbeziehungen ausgewirkt?

VD: Ein Krieg ist eine Tragödie für alle Teile der Gesellschaft, aber die Arbeiterklasse leidet immer als erste. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, viele haben das Land verlassen, weil sie um ihr Leben und das Leben ihrer Angehörigen fürchteten. Es war auch von Anfang an klar, dass die Regierung auf der Seite der Reichsten, der Oligarchen und der Konzerne stand. Das zeigte sich bereits einige Tage vor der Invasion – Selenskyj traf sich mit Vertretern des Großkapitals, und unmittelbar nach dem Kriegsbeginn verabschiedete der ukrainische Rat ein Paket arbeitnehmerfeindlicher Reformen, die Liberalisierung begann in vollem Umfang. Das zeigt sehr schön, wen die Regierung als Partner und gesellschaftliche Basis betrachtet.

IJ: Um welche Art von Reformen handelte es sich?

VD: Beginnen wir mit der Tatsache, dass die Ukraine vor dem Krieg noch das Arbeitsgesetz von 1971 hatte, das trotz der vielen neoliberalen Reformen der letzten dreißig Jahre relativ arbeitnehmerfreundlich ist. Es gab die Möglichkeit, vor Gericht gegen säumige Arbeitgeber oder rechtswidrige Entlassungen vorzugehen, und die Gerichte stellten sich mit überwältigender Mehrheit auf die Seite der Arbeitnehmer.

IJ: Schon vor einigen Jahren gab es Bestrebungen, diese Rechte einzuschränken.

VD: Ja, bereits 2019 versuchte die Regierung, weitreichende Änderungen des Arbeitsrechts einzuführen, die eine Deregulierung der gesamten ukrainischen Wirtschaft ermöglichen würden, aber den Gewerkschaften gelang es, diese zu blockieren. Diesmal war es noch schwieriger, denn aufgrund des Kriegsrechts konnten wir weder Entlassungen verhindern noch Streiks oder Proteste organisieren.

IJ: Welche konkreten Gesetze wurden verabschiedet?

VD: Es wurden vier Gesetze zur Änderung des Arbeitsgesetzes verabschiedet. Das erste Gesetz ermöglichte die Aussetzung von Einzelarbeitsverträgen, d.h. die Einbehaltung von Löhnen, die Aussetzung von Tarifverträgen und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu sechzig Stunden. Das zweite Gesetz schuf neue Gründe für die Entlassung von Arbeitneh-

mern. Das dritte gab kleinen und mittleren Unternehmen – also solchen mit bis zu 250 Beschäftigten – Vorzugsbedingungen bei der Einstellung. Und mit dem letzten Gesetz wurden die in der angelsächsischen Welt so genannten Null-Stunden-Verträge eingeführt, d.h. unbefristete Arbeitsverträge, die jedoch keine Garantie für eine dauerhafte Beschäftigung bieten. Dabei gibt es kein festes Gehalt, sondern man wird nur für die Erfüllung von Aufgaben bezahlt, die der Arbeitgeber verlangt, wobei man nicht weiß, wie viele Stunden das sein werden. Darüber hinaus wurden Moratorien für verschiedene Kontrollen und Sanktionen der Arbeitsaufsicht verhängt – wenn ein Arbeitgeber beispielsweise keine Beiträge für seine Mitarbeiter zahlt, hat das keine Konsequenzen. Auch die Entlassung von Arbeitnehmern im Krankheitsfall oder während des Jahresurlaubs wurde erleichtert.

IJ: Wie hat die Öffentlichkeit darauf reagiert?

VD: Sie hatte keine Zeit zu reagieren, denn die meisten dieser Änderungen wurden im Eilverfahren eingeführt. Halyna Tretiakowa (Abgeordnete der Regierungspartei, Vorsitzende des Ausschusses für Sozialpolitik – *Anm. d. Ü.*) stellte sie am 10. März 2022 vor, sie wurden am 16. verabschiedet und traten am 24. in Kraft. Dies ist eine der am schnellsten umgesetzten neoliberalen Reformen in der europäischen Geschichte. Dies geschah unter Kriegsbedingungen und daher ohne öffentliche Debatte, so dass die Öffentlichkeit kein Mitspracherecht und keine Möglichkeit hatte, sich dagegen zu wehren. Anfangs waren die Menschen noch der Illusion erlegen, dass dies alles nur vorübergehend sei und rückgängig gemacht werden würde, wenn sich die Kriegslage änderte. Doch nach der Befreiung von Kiew oder Tschernigow änderte sich nichts.

IJ: Welche Argumente hat die Regierung vorgebracht?

VD: Es wird alles als vorübergehende, notwendige Maßnahme in Kriegszeiten dargestellt, um die Beschäftigung zu fördern. Aber wir wissen bereits, dass das nicht funktioniert. Die Arbeitslosigkeit ist auf 30 Prozent angestiegen. Die Realität zeigt, dass die Liberalisierung der Arbeitsbedingungen weder der Wirtschaft noch den Arbeiter:innen dient, dass das ganze neoliberale Dogma, wonach durch die Gestaltung der Gesetze zugunsten der Unternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, Unsinn ist. Außerdem ist es schwierig festzustellen, inwieweit die Arbeitgeber diese neu erworbenen Instrumente nutzen und missbrauchen. Keiner weiß es, es gibt keine öffentlichen Daten.

IJ: Offiziell sind viele Formen des Widerstands während des Kriegsrechts verboten – Streiks, Proteste, Versammlungen. Aber soweit ich weiß, gab es Widerstand in der Novovolynsker Mine, es gab Proteste in Krzywy Rog oder Kiew. Gab es seit dem Ausbruch des Krieges illegale Streiks?

VD: In der Ukraine gibt es nur wenige Streiks, selbst in Friedenszeiten – es gibt keine Streikkultur in unserem Land, wir haben eine schwache Arbeiterbewegung. Es gibt ziemlich viele Möglichkeiten, als Gewerkschaft aufzutreten und Arbeitnehmer:innen vor Entlassungen zu schützen, aber Streiks sind sehr selten.

Im Rahmen des Kriegsrechts wurden öffentliche Versammlungen verboten, die jedoch manchmal stattfinden und nicht immer mit Verhaftungen einhergehen – vieles hängt von der Situation und der Entfernung der betreffenden Stadt von der Frontlinie ab. In Iwano-Frankiwsk gab es einen Protest von Krankenschwestern wegen verspäteter Gehaltszahlungen. Wir haben ein sehr komplexes System zur Finanzierung von Krankenhäusern, und es kommt zu merkwürdigen Situationen, wenn Menschen nicht bezahlt werden, und die Leitung sagt, es sei nicht ihre Schuld und sie könne nichts dagegen tun. In Iwano-Frankiwsk hatten die Krankenschwestern Erfolg.

IJ: Ihr habt euch auch für den Erlass der internationalen Schulden der Ukraine eingesetzt.

VD: Das war unsere Forderung schon vor dem Ausbruch des Krieges, und dann stellten wir fest, dass sie mehr und mehr akzeptiert und geteilt wurde und das Potenzial für eine

internationale Mobilisierung hatte. Nicht die ganze Welt konnte an der Front mit uns kämpfen, aber die Menschen in allen Teilen der Welt konnten ihre Regierungen zum Erlass der ukrainischen Schulden drängen. Dies könnte auch einen Präzedenzfall für andere Länder schaffen, die durch Auslandsschulden gefesselt und verstrickt sind. In diesem Zusammenhang könnte ein breites Netz internationaler Solidarität aufgebaut werden.

IJ: Wie hat die Regierung auf diese Forderung reagiert?

VD: Die Regierung hatte Angst vor solchen Forderungen, weil sie ihre Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds oder zu anderen internationalen Organisationen auf keinen Fall gefährden wollte. Sie wollte Primus sein, um zu zeigen, dass wir selbst im Krieg, wenn die Menschen nur begrenzten Zugang zu allen Arten von öffentlichen Dienstleistungen haben und der Lebensstandard radikal sinkt, immer noch verantwortlich sind und alles zurückzahlen werden. Ebenso wenig wurde beschlossen, das Vermögen der ukrainischen Oligarchen zu beschlagnahmen. Was funktioniert hat, ist die Aussetzung der Schuldentrückzahlungen an die Vereinigten Staaten, die im letzten Jahr vom Kongress beschlossen wurde.

IJ: Und wie beurteilst Du das immer wiederkehrende Thema der Friedensgespräche mit Russland?

VD: Das Haupthindernis für den Frieden sind die blutigen Ambitionen des Kremls. Putin wird nicht aufhören und Friedensgespräche werden ihn sicher nicht aufhalten. Wir müssen den Krieg gewinnen, aber dazu müssen wir auch ein Sozialsystem aufbauen, das den Menschen dient. Wir müssen das Vermögen der Oligarchen beschlagnahmen, das Energiesystem verstaatlichen, die Auslandsschulden streichen, eine humanitäre Katastrophe verhindern. Die Regierung spricht davon, den Krieg fortzusetzen, unternimmt aber nichts, um die Fähigkeiten der ukrainischen Frauen und Männer zu stärken. Wir denken, dass die Einführung linker Reformen nicht nur eine gerechtere Gesellschaft schaffen, sondern auch helfen würde, den Krieg zu gewinnen.

** Ignacy Józwiak ist Aktivist der polnischen Gewerkschaft Arbeiterinitiative IP; Vitaly Dudin ist Doktor der Rechtswissenschaften und Mitbegründer der ukrainischen Sotsialnyi Rukh (Soziale Bewegung). Das Interview erschien im polnischen linkskatholischen Magazin kontakt am 21. Februar 2023 (<https://magazynkontakt.pl/>). Übersetzung von Norbert Kollenda.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12